

10-Studentag, 12-Stunden-Schicht, 60 Stundenwoche...

Arbeiten bis zum Umfallen?

Am 2. Mai 2007 gab Wirtschaftsminister Bartenstein die Einigung der Regierung mit den Sozialpartnern auf eine **Neuregelung des Arbeitszeitgesetzes** bekannt. Kern dieser Neuregelung ist die **Ausweitung der Flexibilisierung** der Arbeitszeit für die Unternehmen.



Auch derzeit arbeitet die Mehrheit der abhängig Beschäftigten durch steigenden Arbeitsdruck bereits weit über die gesetzliche Normalarbeitszeit hinaus. **Österreich ist mit 44,1 Stunden „Europameister“ bei der längsten realen Wochenarbeitszeit.** Nun werden durch die Neuregelung auch noch Überstundenzuschläge und somit Lohnkosten eingespart.

Die geplanten Regelungen im Detail:

- **12-Studentag und 60-Stundenwoche** werden (mit einer 14-tägigen Pause nach acht Wochen) 24 Wochen lang möglich
- Kollektivverträge mit **10 Stunden Normalarbeitstag** werden möglich, ohne dass Überstundenzuschläge anfallen
- Eine betriebliche und einzelvertragliche Vereinbarung der **Viertagewoche** wird möglich
- Teilzeitbeschäftigte erhalten verringerte Überstundenzuschläge (25 Prozent), wenn sie länger als die vertraglich vereinbarte Arbeitszeit arbeiten, sofern nicht diese Mehrarbeit durch Zeitausgleich innerhalb von drei Monaten abgegolten wird (was in der Praxis fast nie der Fall ist)

Bravo und danke, „liebe Regierung“! Genau so stellen wir Werktätigen uns die versprochene Unterstützung bei der gerechten Verteilung von Arbeit, steigenden Gewinnen und wachsenden sozialen Belastungen (Stichwort neue Pflege) vor. Lohnkosten werden eben am effektivsten über verordnete **Mehrarbeit für das Stammpersonal** und in weiterer Folge über Personalabbau und Kündigungen reduziert.

Die gepriesene Flexibilisierung der Arbeitszeiten schafft in Wahrheit nicht mehr freie Lebenszeit für die Menschen, sondern dient in erster Linie der **neoliberalen Profitmaximierung**.

Der ÖGB – in seinem Ansehen als Vertretung der Werktätigen ohnehin schon schwer geschädigt – hat den neuen Bestimmungen zum Arbeitszeitgesetz als „Sozialpartner“ nachgegeben und preist das Ergebnis als politischen Erfolg des „ÖGB-Neu“.

Weitere zu erwartende Auswirkungen

Schon derzeit sind im Alltagsleben die **krankmachenden sozialen Auswirkungen** eines immer zynischer agierenden neoliberalen Kapitalismus deutlich spürbar. Immer mehr Menschen halten dem **Druck einer brutal gewordenen Arbeitswelt** nicht mehr stand, weil die Arbeitsverhältnisse selbst bereits krankmachend sind. Ganz besonders betroffen sind nach wie vor und leider auch mit steigender Tendenz Frauen und AlleinerzieherInnen. Die Zahl der von psychischen Erkrankungen, Burn-Out-Syndrom, Depressionen, psychosomatischen Leiden, Arbeitsunfällen, zerbrechenden Beziehungen betroffenen Menschen steigt rasant.

Wirklich erschreckend dabei ist, dass die gesellschaftlich produzierte psychische Verelendung

von denen die das Sagen haben durch ihre Markt- und Definitionsmacht auch noch **schamlos individualisiert und privatisiert** wird. Denn angeblich ist jeder Mensch „seines Glückes Schmied“ und wer sich der so vermarkteten und verordneten politischen Korrektness widersetzt ist eben nicht gut genug und selber schuld, wenn er plötzlich „Weg vom Fenster“ ist.

Fakt ist, dass bei **weltweit steigenden Rekordgewinnen** – die voestalpine erzielte z.B. im Vorjahr über eine Milliarde Euro Reingewinn – für das optimale Wirtschaftswachstum der Mensch nur mehr ein Produktionsfaktor ist. Gleichzeitig hämmern uns die Medien permanent ein, es sei kein Geld für soziale Belange da und daher müssten wir alle sparen. Das so genannte gesunde Wirtschaftswachstum macht also nachweislich krank und profitiert sogar noch durch eine perverse Umwegrentabilität am Leid der Betroffenen.

Was tun?

Schließen wir uns zusammen mit Gleichbetroffenen und Gleichgesinnten am Arbeitsplatz und im privaten Umfeld. Entwickeln wir Mut, Lust, Spaß und Freude um stärker zu werden. **Gemeinsamer kreativer Widerstand** verbessert unser aller Leben und ist letztlich unbezahlbar.

Arbeiten bis zum Umfallen? Wir planen dagegen eine **Kampagne im Herbst** und treffen uns dazu wieder am **Montag, 9. Juli 2007, 19 Uhr, Linz, Waltherstraße 15** (Werkstatt Frieden & Solidarität).

Resolution

Wir protestieren gegen die Sozialpartnereinigung zur Arbeitszeitflexibilisierung, die nun in Gesetzesform vorliegt:

- 12-Studentag und 60-Stundenwoche werden (mit einer 14-tägigen Pause nach acht Wochen) 24 Wochen lang möglich
- Kollektivverträge mit 10 Stunden Normalarbeitstag werden möglich, ohne dass Überstundenzuschläge anfallen
- Eine betriebliche und einzelvertragliche Vereinbarung der Viertagewoche wird möglich
- Teilzeitbeschäftigte erhalten verringerte Überstundenzuschläge (25 Prozent), wenn sie länger als die vertraglich vereinbarte Arbeitszeit arbeiten, sofern nicht diese Mehrarbeit durch Zeitausgleich innerhalb von drei Monaten abgegolten wird (was in der Praxis fast nie der Fall ist)

Diese Flexibilisierungsmaßnahmen werden den Druck auf die ArbeitnehmerInnenseite bei den KV-Verhandlungen massiv verstärken. Die Verlagerung auf betriebliche und/oder einzelvertragliche Ebene wird betriebliche Interessenvertretungen und Beschäftigte noch erpressbarer machen und schwächt die Gewerkschaften.

Eine Erhöhung der täglichen und/oder wöchentlichen Arbeitszeit führt bei den Einzelnen zu erheblichen gesundheitlichen Problemen und ist gesellschaftspolitisch hinsichtlich der hohen Arbeitslosenzahlen der falsche Weg.

Stattdessen verlangen wir:

- Die Arbeitszeitregelungen müssen **neu verhandelt** werden!
- Die GewerkschafterInnen im Parlament sollen der aktuellen Gesetzesvorlage ihre **Zustimmung verweigern!**
- Der ÖGB als unsere Interessensvertretung muss politischen **Druck für eine Verbesserung der Arbeitszeitregelungen** machen und darf dabei die Auseinandersetzung mit Wirtschaft und Regierung nicht scheuen!
- Der ÖGB und die Teilgewerkschaften müssen sich endlich für die seit Jahrzehnten gültigen Beschlüsse zu **Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn** einsetzen!